

Jakob Kaiser:

Den Sinn des 17. Juni erfüllen!

Weihnachtsgruß für die Bevölkerung der Zone — Ein schicksalschweres Jahr

Der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, hat in einer Ansprache vor der Vereinigung politischer Ostzonenflüchtlinge in Berlin erste Weihnachtsgrüße an die Deutschen in der Sowjetzone und an die politischen Flüchtlinge gerichtet. „Dieses Weihnachtsfest“, so sagte Jakob Kaiser, „ist für uns die ernste Besinnung auf das, was wir nicht anders bezeichnen können als die deutsche Not. Diese deutsche Not hat ihren Grund in der deutschen Teilung. Es gibt nur eine einzige wirksame Hilfe für alle, die Opfer der deutschen Teilung geworden sind. Es gibt nur eine einzige wirkliche Hilfe für das gesamte deutsche Volk: Das ist die deutsche Wiedervereinigung.“

Die Erkenntnis dieser Tatsache erfüllt uns stärker denn je nach dem Ablauf des für die Zone besonders schweren und schicksalsvollen letzten Jahres, das gleichzeitig die Steigerung des Terrors bis zur Unerträglichkeit und den elementaren Durchbruch des Freiheitswillens der 18 Millionen im Juniaufstand brachte.

In den Bemühungen um die Lösung der deutschen Frage gab es in diesem Jahre vielleicht stärker als in den vorausgehenden ein Auf und Ab. Konstant aber blieb das eine: Das ist der unbeirrbare Wille unseres Volkes zu seiner staatlichen Einheit und Freiheit.

An diesem deutschen Willen müssen alle Versuche, den jetzigen Teilungszustand zu verewigen, scheitern.

Vielleicht dürfen wir die kommende Berliner Viermächtekonferenz als Ausgangspunkt einer Entwicklung ansehen, die uns aus der Zerrissenheit unseres Landes und damit aus dem Kalten Krieg herausführen kann.

Man hätte kaum einen günstigeren Ort für die Viermächtekonferenz wählen können als Berlin. Denn in Berlin ist man der deutschen Wirklichkeit näher. In Berlin wird über alle politischen Gesichtspunkte hinweg das menschliche und das

nationale Schicksal unseres Landes unmittelbar demonstriert.

In Berlin ist der widernatürliche Zustand der Zerstückelung Deutschlands am anschaulichsten verkörpert. In Berlin erlebt man die Not der Sowjetzonenflüchtlinge in unmittelbarer Nähe.

Niemand kann die ständige Gefahr von Explosionen übersehen, die ein solcher Zustand bedeutet. Man braucht nur ein paar Minuten am Brandenburger Tor oder am Potsdamer Platz zu stehen. Man braucht sich nur an den Ausbruch des Freiheits- und Einheitswillens im Juniaufstand zu erinnern, dann weiß man, daß dieser Zustand einfach nicht von Dauer sein kann.

Wir wollen uns aber auch unter dem Weihnachtsbaum nicht in politische Illusionen verlieren. Wir hoffen zwar, daß uns die Berliner Konferenz um ein Stück weiterbringt. Vielleicht sogar um ein gutes Stück. Wir wissen aber auch, daß noch viel Mißtrauen zu beseitigen und echte Probleme zu bewältigen sind, ehe der Weg zur Wiedervereinigung frei ist. Zunächst bedarf es der grundsätzlichen Verständigung der vier Mächte. Die Grundlage dieser Verständigung bleibt selbstverständlich die Entschlossenheit des deut-

schen Volkes zu Einheit und Freiheit. Deutschland muß wieder Herr seines Schicksals im Geiste echter Freiheit, im Geiste echter nationaler und internationaler Verantwortung werden.

Das schließt das Weiterbestehen jeglicher kommunistischen Herrschaft in irgendeinem Teile Deutschlands aus. Wie einhellig sich das deutsche Volk in diesem Willen zusammenfindet, werden die freien Wahlen zu einer Nationalversammlung und damit zu einer gesamtdeutschen Regierung beweisen. So wird dem Frieden und der Sicherheit Europas der beste Dienst erwiesen. So werden wir auch dem Auftrag und dem Erbe der Männer und Frauen des 17. Juni gerecht werden.

Lassen Sie uns in dieser weihnachtlichen Zeit derer gedenken, die ihren Freiheitswillen in den Junitagen so mutig bekundet haben. Lassen Sie uns der Männer und Frauen gedenken, die ihr Leben lassen mußten. Und die ihre Freiheit einbüßten. Es gäbe seitens der Sowjetunion kein besseres Anzeichen für echte Verhandlungsbereitschaft, als wenn sie diesen Tapferen die Freiheit zurückgäbe. Sie taten ja nichts anderes, als daß sie für neues Zusammenwachsen des deutschen Volkes eintraten. Sie taten nichts anderes, als daß sie ihren Willen für die Freiheit des wiedervereinigten Staates bekundeten.

Zu dieser Weihnachtsfeier kann ich für uns alle keinen besseren Wunsch zum Ausdruck bringen als die Hoffnung: Der Tag möge nahe sein, an dem sich der Sinn der Freiheitstut und der Opfer vom 17. Juni erfüllt.“

Sozialistischer Wendepunkt

Ollenhauer, Schmid, Erler, Schöttle, Brandt, Jacobi, Prof. Schiller — eine wesentliche Auslese der sozialdemokratischen Prominenz hat seit der Bundestagswahl vom 6. September zu Grundsatzfragen der Partei öffentlich Stellung genommen. Die Auseinandersetzung wird fortgesetzt. So tagten u. a. die der SPD nahestehenden Wissenschaftler, ein Zeichen dafür, daß es keinesfalls um taktische Fragen der Partei geht, sondern um eine Gesamtüberprüfung ihrer Position bis in die Fundamente.

Was hier geschieht — zumal dann, wenn etwas Entscheidendes bei dieser Diskussion herauskommt —, dürfte wesentlich zur Bestimmung der künftigen deutschen Politik beitragen. Erwin Schöttle allerdings möchte diese Auseinandersetzung lieber nicht „auf offenem Markt“ führen. Doch weil die Wahl Niederlage auf „offenem Markt“ und durch den „offenen Markt“ der Wähler geschah, wäre deshalb ein parteigeheimes, von der Öffentlichkeit ferngehaltenes Neuorientieren unzweckmäßig. Es würde den mahnenden Worten Kurt Schumachers widersprechen, der seine Partei aus dem „Elfenbeinernen Turm“ herausführen wollte, mehr und mehr weg vom dominierenden Funktionskörper, hin zur breiten Volkspartei.

„Sammelbecken“

Damit berührt man bereits den Kern der jetzigen SPD-Auseinandersetzung. In Zeiten der Verfolgung ist ein kleiner, aber schlagkräftiger, von einheitlicher Gesinnung getragener Parteiapparat wesentlich. Heute jedoch kann man im Zeichen der normalen demokratischen Verhältnisse damit keine Macht erobern. Man braucht die Wähler, man muß an die Öffentlichkeit. In dieser Zeit, die allmählich das Zwei- bzw. Drei-Parteien-System auch in Deutschland entwickelt, fällt der SPD nun mal die Aufgabe zu, die Linke zu repräsentieren. Sie kann ihre in objektiv demokratischem Interesse notwendige Aufgabe nur ausführen, wenn sie nach „Breitenwirkung“ strebt. Je größer

sie durch die allein entscheidenden Wählerstimmen werden will, desto mehr wird sie aber ganz notgedrungen zum „Sammelbecken“.

Tradition und Fortschritt

Hier setzt der Protest des konservativen Parteiflügels ein. Er fürchtet, daß die Partei zum „Wahlverein“ wird, zum „Volksbewegungs-Sammelsurium“. Doch das sind Schlagworte. Eine große Zahl von Wählerstimmen hat noch nie eine Partei gestört. Hinter diesen Schlagworten steht vielmehr die Furcht vor der „Verwässerung“ der alten Grundsätze. Hiervon etwas über Bord zu werfen, fällt naturgemäß dem „jungen“ SPD-Mann Carlo Schmid viel leichter als den Altfunktionären, die, wie Ollenhauer, sich zum „Genossen“, zum „Du“, zur roten Fahne und zu den Kampfgesängen bekennen, die „uns in neunzig Jahren ans Herz gewachsen sind“. Daß mancher mit dem Bekenntnis zu den „alten Symbolen“ (die auf die Wählermassen längst nicht mehr attraktiv wirken) auch innerlich ein Bekenntnis zu alten politischen Vorstellungen und Konzeptionen verbindet, wird heute allerdings nicht mehr ausgesprochen. Im Gegenteil. Selbst Ollenhauer erklärte öffentlich, daß sich „Marx in seiner Prognose der künftigen gesellschaftlichen Entwicklung geirrt“ habe. Für eine Umgestaltung der Partei ist eine solch elastische Erklärung ein günstiges Vorzeichen.

Toleranz und Weltanschauung

Carlo Schmid stellt das Prinzip der Toleranz in den Vordergrund seiner reformistischen Anregungen. Den konservativen Altfunktionären bedeutet die Praktizierung des Toleranzprinzips in den eigenen Reihen allerdings ein gewisses Opfer. Sie können sich ohnehin schlecht gegen die anstürmenden fortschrittlichen Kritiker behaupten. Das „wissenschaftliche“ Weltanschauungsbild der alten Sozialdemokratie hat durch die Entwicklung seine Überzeugungskraft verloren. Carlo Schmid geht konsequent sogar so weit, hieraus ein „neues Verhältnis“ der SPD zur Religion abzuleiten. Andere, wie z. B. Schöttle, flüchten in Dialektik und erklä-

ren geworden, an Stelle der Weltanschauung müsse eine „Vorstellung von der Welt“ treten. Es zeigt sich, wie der so irdische „Materialismus“ bereits zum Glaubenssatz, zum Dogma geworden war.

Arbeiterpartei?

Andererseits ist es aber die auf das Irdische zielende materialistische Schulung, die den materiellen Zustand der Gesellschaft, besonders der „Arbeiterklasse“ von heute, sehr klar den Gemütern bewußt werden läßt. Die Zeiten sind vorbei, da der Arbeiter zu Hause hungernde, rachitische Kinder vorfindet. Er fährt heute Motorrad. Wer sich aus Tradition für die sozial Unterbemittelten, Bedrückten und Ausgebeuteten einsetzt, kann sich heute nicht mehr anklagenden Tones „Arbeiterpartei“ nennen. Praktische Reformarbeiten sind hier in der SPD schon länger im Gange, was ihr revidiertes Verhältnis zum „Mittelstand“ verdeutlicht, dem der Großteil der Arbeiterschaft durch die soziale Strukturwandlung der letzten Jahre zuzurechnen ist, vom „Privateigentum“ ganz zu schweigen. Die Marxschen Theorien seien als Entwicklungsphase aufzufassen, sagt deshalb Willy Brandt. Andere, wie Ollenhauer, suchen wenigstens an der wissenschaftlichen Methodik des Karl Marx festzuhalten. Hier, am „Marxismus“, scheiden sich heute die sozialdemokratischen Geister, so wie sich vor mehr als hundert Jahren die Geister an den sozialen Utopisten schieden. Das alte Gebäude ist ins Wanken gekommen. Soll man es stützen, langsam abtragen oder ganz neu bauen?

Unausweichliche Frage

Es stellt sich hier den Sozialdemokraten ganz klar eine einfache Frage: ob sie sich künftig noch Marxisten nennen wollen oder nicht. Diese Fragestellung ist keine simple Vereinfachung. Sie muß schließlich mit einem deutlichen Ja oder Nein beantwortet werden. Denn anders bekommt die Öffentlichkeit keine klare Vorstellung vom künftigen Weg der Partei. Daß jetzt bei ihr ein „Übergangsklima“ herrscht, muß man der deutschen Sozialdemokratie zubilligen.

Freie Wahlen erster Schritt

Bonn (DPA). Bundeskanzler Dr. Adenauer bekräftigt zur Jahreswende: „Freie Wahlen für ganz Deutschland müssen der erste Schritt zu einer friedlichen Wiedervereinigung sein. Ihnen hat die Bildung einer frei gewählten gesamtdeutschen Regierung zu folgen. Die gesamtdeutsche Regierung und das gesamtdeutsche Parlament müssen im Rahmen der Vereinten Nationen Handlungsfreiheit haben.“ Dr. Adenauer schreibt dieses Bekenntnis in seinem Vorwort zu dem Tätigkeitsbericht der Bundesregierung „Deutschland im Wiederaufbau 1953“.

Botschaft für Flüchtlinge

Genf (DPA). Der UN-Flüchtlingskommissar van Heuven-Gödhart verspricht den Flüchtlingen in aller Welt in einer Weihnachtsbotschaft, alles zu unternehmen, um ihnen wieder zu einem menschenwürdigen Dasein zu verhelfen. „Ihnen soll geholfen werden, eine neue Heimat zu finden“, heißt es in der Botschaft.

Studenten- Beratungsstelle

Bonn (DPA). Eine Beratungsstelle für Flüchtlingsstudenten wurde vom Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) in Bonn eingerichtet. Sie soll verhindern helfen, daß Studenten und Studienanwärter in fremde Berufe überwechseln müssen. In der Beratungsstelle erhalten die ankommenden Studenten Auskunft über die Möglichkeiten der Berufsausbildung und der finanziellen Unterstützung.

Funktionäre verhaftet

Berlin (Eigenmeldung). In Weimar verhaftete der SSD zwei Funktionäre der „Nationalen Front“. Ihnen wird vorgeworfen, sich gegenüber ausländischen Delegierten während der kürzlich in Weimar durchgeführten „Friedenstagung“ abfällig über die SED geäußert zu haben.

Bischof Dibelius in „Stalinstadt“

Berlin (epd). Bischof Dibelius wird am Heiligen Abend um 16 Uhr die Christvesper in der sogenannten „Stalinstadt“ halten. Da es in der neu entstandenen Wohnstadt bei Fürstenberg/Oder noch keine Kirche gibt, wurde die „Kulturhalle“ des Ortes für den Gottesdienst erbeten.

Bischof Dibelius hat seinen Wunsch, am Heiligen Abend in „Stalinstadt“ zu predigen, mit

folgenden Worten begründet: „Zu Weihnachten muß in unserer Kirche auch in der letzten Gemeinde das Wort Gottes verkündet werden. Wo die Menschen nicht zur Kirche gehen können, da muß die Kirche zu ihnen kommen. Auch die Arbeiterschaft von Stalinstadt und alle Einwohner der Stadt sollen wissen, daß Gottes Liebe bei ihnen ist und wir über alle Grenzen in Ost und West eine Kirche sind.“

Wieder ein neuer Plan

In der Sowjetzone ist es wieder so weit, daß ein neuer Volkswirtschaftsplan vorgelegt wird. Wie bei seinen Vorgängern begleiten ihn viel schöne Reden. Sie versprechen, daß die Arbeit noch viel munterer fortfließen soll. Solche Reden wurden schon immer gehalten. Aber leider standen sie nicht im Einklang mit den Taten. Anstatt des Wohlstandes wuchs die Armut, anstatt der Verbrauchsgüter-Industrie wurde die Schwerindustrie in den Vordergrund gestellt. Bei den Konsumgütern zeigten sich immer größere Fehler und Mängel, bis die zunehmende Flucht der Bevölkerung und das drohende Murren den „neuen Kurs“ erzwangen, unter dessen Zeichen auch der Wirtschaftsplan 1954 steht.

Verbrauchsgüter sollen stärker in den Vordergrund treten. Um sie zu schaffen und gleichzeitig auch die ewigen Stromsperrern loszuwerden, soll vor allem die Elektrizitätsversorgung gebessert und dafür die nötigen Investitionsmittel bereitgestellt werden. Ähnliches gilt für die Kohle, unter deren Mangel die Bevölkerung immer noch leidet. Sie soll sich auch besser kleiden dürfen, dafür wird die Perlonfabrikation ausgeweitet. Aber daß das alles nicht von heute auf morgen möglich ist, und daß bei der schnellen Entwicklung gerade auch auf dem Kunstfasergebiet bedeutendes Kapital eingesetzt werden muß, das wird zu erwähnen vergessen. Man glaubt allerdings, durch die Rückgabe der 33 SAG-Betriebe, die nach Leuschner unentgeltlich mit allen Investitionen und Ma-

terialbeständen zurückgegeben werden, die Durchführung des neuen Plans erheblich erleichtern zu können.

So hofft man, die Produktion von Massenbedarfsartikeln einschließlich Konfektion, Schuhe, Möbel, Lederwaren und Kulturartikel erheblich fördern zu können. Genau das hat man schon oft gehört, und immer wieder haben sich schwere und nur allzu berechtigte Klagen herausgestellt. Selbstverständlich soll auch die Landwirtschaft mehr produzieren, und die Lebensmittelindustrie soll endlich mehr dem Geschmack Rechnung tragen und mindestens 100 Wurstsorten und 30 verschiedene Käsesorten herausbringen und die Schnapsfabriken für bessere Qualitäten sorgen. Ähnliches gilt für die Hersteller von Kleidung, Schuhen usw. Wenn ihnen erneut wegen ungenügender Qualität, Sortenauswahl, Initiative die Leviten gelesen werden, so zeigt das eben, daß das System nicht klappt, die Betriebe mangelhaft ausgerüstet sind oder nicht das richtige Material erhalten. Und es zeigt ferner, daß der Handel nicht durch die Parteimaschine ersetzt werden kann. Nun soll er, ebenso wie die Privatindustrie, stärker eingesetzt werden, aber an allen Ecken stoßen sie auf den Plan, der Disziplin verlangt.

Ohne Schmähungen der Wirtschaft in der Bundesrepublik, ohne Haßgesang gegen die freie Marktwirtschaft geht es auch diesmal nicht. Aber Tatsachen beweisen. Sie reden auf allen Gebieten des menschlichen Lebens in der Bundesrepublik eine allzu deutliche Sprache.

Sie hat genug!

Genf (AP). Nach 14jährigem Aufenthalt in einem sibirischen Zwangsarbeitslager ist eine Schweizerin nach Genf zurückgekehrt. Sie war als Mitglied der KP 1936 freiwillig nach Rußland gegangen und 1939 aus unbekanntem Gründen zu Zwangsarbeit verurteilt worden.

Berija-Prozeß geheim?

Moskau (AP). Der Hochverratsprozeß gegen den ehemaligen sowjetischen Innenminister Berija und seine sechs Mitangeklagten wird voraussichtlich nicht öffentlich sein.

Dies schließen politische Beobachter aus der Anklageerhebung, in der es heißt, daß die Angeklagten in einer Sonder Sitzung des Obersten Gerichts nach dem Gesetz vom Dezember 1934 abgeurteilt werden sollten. Dieses Gesetz sieht ein Verfahren ohne Hinzuziehung der Parteien vor. Nach diesem Gesetz gibt es keine Berufungsmöglichkeit, und die Todesstrafe durch Erschießen ist sofort nach der Urteilsverkündung zu vollstrecken.

Verteidigung der freien Welt

Oberkommissar Conant: Isolationismus überwunden

Berlin (DPA). US-Oberkommissar Conant versicherte in Berlin, daß die Vereinigten Staaten den Isolationismus überwunden haben. Das amerikanische Volk sei zur Verteidigung der freien Welt bereit.

Conant sagte weiter, es sei seine Überzeugung, daß es der freien Welt gelingen werde, einen dritten Weltkrieg zu vermeiden. Alle freien Nationen müßten zusammenarbeiten und eine einzige Schicksalsgemeinschaft bilden.

Streitkräfte werden verstärkt

Paris (DPA/AP). Der Atlantikrat ist auf seiner dreitägigen Tagung in Paris zu der Schlußfolgerung gelangt, daß die Sowjetunion noch nicht den Beweis für eine Änderung ihrer Politik geliefert habe. Deshalb müsse die NATO ausgebaut und durch deutsche Truppenkontingente im Rahmen der EVG so verstärkt werden, daß sie der

Vierertreffen im Mittelpunkt

Führung mit Westmächten — Forderungen an Karlshorst

Berlin (Eigenmeldung/DPA). Die Konferenz der vier Außenminister in Berlin steht nach wie vor im Mittelpunkt der internationalen Politik. Sachverständige der drei Westmächte haben im Laufe dieser Woche die Vorbereitungen für die Viermächte-Außenministerkonferenz vorangetrieben.

Ihre Arbeit umfaßt nicht nur die Abfassung detaillierter Entwürfe für die Wiedervereinigung Deutschlands und einen Staatsvertrag für Österreich, sondern sie bemühen sich auch, ihren Außenministern Material gegen zu erwartende Propagandaaktionen der Sowjets in die Hände zu geben.

Die Bundesregierung hat den Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, Prof. Dr. Wilhelm Grewe, zu ihrem Sonderbevollmächtigten für die Berliner Konferenz der Außenminister ernannt. Er hat die Aufgabe, mit den Außenministern der drei Westmächte und ihren Delegationen Führung zu halten und ihnen den Standpunkt der Bundesregierung darzulegen.

Es ist vorgesehen, daß sich Prof. Grewe während der Kon-

ferenz in Berlin aufhalten und dort einen Arbeitsstab des Auswärtigen Amtes leiten soll.

Das Berliner Abgeordnetenhaus beauftragte einstimmig den Senat, die westalliierten Stadtkommandanten zu bitten, sie sollten in Verhandlungen mit dem sowjetischen Stadtkommandanten die Voraussetzungen für eine günstige Atmosphäre bei den Verhandlungen der vier Außenminister schaffen.

Das Abgeordnetenhaus erachtet es als unbedingt notwendig, daß Karlshorst die Straßensperren sowie die Kontrollen an den Sektorengrenzen beseitigt und ein freizügiger Personen- und Warenverkehr zwischen Ost- und Westberlin gewährt wird. Ferner soll der durchgehende Straßenbahnverkehr wieder eingeführt und das einheitliche Fernsprechnetzwieder hergestellt werden. Auch alle Schwierigkeiten im Postverkehr sowie jede Behinderung im Vertrieb von Zeitungen und Zeitschriften sind zu beseitigen.

„Eine starke Befriedigung würde erreicht werden“, so heißt es in dem Antrag, „wenn die Urteile der Gefangenen des 17. Juni sowie alle anderen politische Inhaftierten überprüft werden.“

Deutschlandfrage vor UN?

London (AP/DPA). Der außenpolitische Experte der britischen Labourpartei, der frühere Staatsminister Noel Baker, schlug auf einer Versammlung vor, das Deutschlandproblem vor die UN-Vollversammlung zu bringen, falls die Berliner Konferenz scheitern sollte.

Noel Baker betonte, die Vollversammlung könne wesentlich zur Wiedervereinigung Deutschlands beitragen, wenn sie sich mit überwältigender Mehrheit für die Bildung einer aus freien Wahlen hervorgegangenen gesamtdeutschen Regierung und die Gleichberechtigung Deutschlands ausspreche.

Alliierte Truppen bleiben

Bonn (AP). Es bestehen keinerlei Pläne für den Abzug der amerikanischen oder britischen Truppen vom europäischen Kontinent nach der Aufstellung einer neuen deutschen Armee, wurde in Bonn von maßgebender britischer Seite mitgeteilt. Das deutsche Militärkontingent werde in London und Washington als reiner Zuwachs der westlichen Verteidigungstreitkräfte angesehen.

In Weimar wurde vom Frieden geredet

Pankower Propaganda - Vorspiel für die Viermächtekonferenz

Weimar, auch an gewöhnlichen Tagen nicht arm an Dauerbeflagung, hatte für seinen SED-„Friedenstag“, der Ende vergangener Woche vorgeführt wurde, noch ein Besonderes getan. Von den kleinen Papierfähnchen mit der Picasso-Taube, die man gratis an die Kinder verteilte, bis zu den meterlangen blauen Transparenten, ließ man diesmal das ortsübliche Rot ein wenig in den Hintergrund treten.

Die Namen, die man schon von den anderen kommunistischen „Friedenstagungen“ her kennt, tauchten auch in Weimar auf. Schriftstellerische Prominenz und Träger von Professorentiteln sollten dieser Versammlung, für die der Ausdruck „Wiedersehensfeier der Reisenden in KP-Friedensparolen“ am treffendsten wäre, den Anstrich „hohen Niveaus“ geben. Die gastgebende „DDR“ schickte einige ihrer zahlreichen Minister, und daneben ein rundes Tausend kleiner Delegierter aus Betrieben, Produktionsgenossenschaften und Parteihäusern.

Demonstrativer Beifall

Die Namen der „Prominenz“ waren nicht neu: Anna Seghers, der sattsam bekannte Martin Andersen-Nexö als Kultura-Repräsentanten, Wilhelm Elfes, Edith Höreth-Menge als „westdeutsche Friedenskämpfer“ oder die „Nationenvertreter“ Jessie Street (Großbritannien), Prof. Manteuffel (Polen), Prof. Hromadka (CSR) und andere sind — zusammen mit Brecht, Dieckmann, Wandel, Loch usw. ein längst bekanntes Gremium.

Es lag auf der Hand, daß dieser „Friedenstag“ nur dazu dienen sollte, die sowjetischen Thesen für die kommende Viererkonferenz zu „untermauern“. Selbst der Dümmste konnte das bereits merken, als die sowjetrussische und die französische Delegation mit heftigem Beifall bedacht wurden. Die Grundlinie aller Reden wie gehabt: EVG = Kriegsgefahr, Frankreich muß gegen die aggressive Bundesrepublik Schutz bei der UdSSR und der friedlichen DDR suchen! Um das „festzustellen“, hätte ein Leitartikel in der „Täglichen Rundschau“ eigentlich auch genügt!

Nur Autos interessierten

Aber nein — drei Tage saß man in der Weimarerhalle als „geschlossene Gesellschaft“ zu-

sammen. Man brauchte sich auch über „Störungen“ nicht zu beklagen, denn die Weimarer ignorierten die Tagung völlig. Lediglich einige Jugendliche umstanden die Weimarerhalle und freuten sich, wenn ein Delegierter, der ihnen „schnuppe“ war, in einem besonders schönen Wagen angefahren kam. Wurde nicht getagt, so ging man ins Theater, sah Goethes „Götz“ oder Schillers „Wallenstein“. Dies war für die kleinen Delegierten der eigentliche Wert ihres „Weimar“-Einsatzes.

Die Weimarerhalle als Tagungs-ort war auf „Frieden“ dekoriert.

Sogar die Vopos, die sie abschirmten, hatten die sonst üblichen Maschinenpistolen zu Hause gelassen. Zur Erbauung der Delegierten wurde in den Wandelgängen eine Art „Leistungsschau“ Thüringer Produkte veranstaltet, die vom Sonneberger Spielzeug bis zum Weimarer Porzellan reichte. Landwirtschaftliche Maschinen als sinnige Beigabe mußten allerdings mit einem Platz vor der Halle zufrieden sein.

Deutliches Transparent

Um den „Sinn“ der Tagung nicht vergessen zu lassen, prägte sich das Wort „Frieden“ in „allen Zungen der Welt“ von der Stirnwand der Bühne her nochmals den Delegierten ein. Ein Transparent mit den Worten: „Für einen Frieden im Sinne Stalins“ aber ließ wohl die Katze zu sehr aus dem Sack.

Ein guter Roman ist besser

Selbst bei den Zaren freier — Ein Artikel Ehrenburgs

Stockholm (DPA). Der sowjetische Schriftsteller Ilja Ehrenburg kritisiert in der Dezemberausgabe der Moskauer Zeitschrift „Snamja“ (das Banner), daß ein Schriftsteller in der Sowjetunion in Unfreiheit lebe und den Vorschriften von Bürokraten folgen müsse, statt Thema und Ausdrucksweise selbst wählen zu können. Sogar im zaristischen Rußland hätten die Schriftsteller in dieser Hinsicht größere Freiheit genossen.

In seinem Artikel erklärt Ehrenburg unter anderem: Ein Verfasser ist keine Maschine, die die Ereignisse automatisch registriert. Ein richtiger Schriftsteller schreibt, weil er den Drang fühlt, sich anderen Menschen über eine menschliche Angelegenheit mitzuteilen. Ich kann gewisse Literaturkritiker nicht verstehen, die den Schriftstellern vorwerfen, daß sie nicht Romane über den Wolga-Don-Kanal oder über die Fortschritte der Textilindustrie oder den Kampf für den Frieden schreiben. Wäre es nicht besser, den eifrigen Autor zu tadeln, der alle diese aufge-

zwungenen Bücher ohne Inspiration, ohne künstlerische Einfühlung schreibt? Ein einziger guter Roman ist mehr wert als hundert bestellte schlechte Romane.

Westliche Beobachter sind der Ansicht, daß Ehrenburg diesen Artikel kaum geschrieben hätte, ohne der Unterstützung der Regierung und der Partei sicher zu sein. Mit ihm kündige sich vielleicht das Ende des „sozialistischen Realismus“ in der Sowjetliteratur an.

Vielleicht kommt es gerade dann, wenn die „fortschrittlichen Dichter“ der SED gerade glauben, das „große Vorbild“ nun erreicht zu haben.

Plombierte Reparationszüge

Berlin (Eigenmeldung). Nach einer sowjetischen Anweisung müssen alle Güterwagen mit Reparations- oder Wirtschaftsgütern für die UdSSR jetzt fünfmal plombiert werden. Bisher waren die Wagen nur verschlossen worden. Angeblich sind in den vergangenen Monaten ständig Beraubungen vorgekommen.

Uniformstoffe statt Wintermäntel

Auf Reparationskonto — 30% für zivilen Bedarf

Berlin (Eigenmeldung). Der plötzliche Arbeitseifer der Weberin Frida Hockauf, des weiblichen Hennecke, erscheint jetzt in besonderem Licht. Für eine bessere Versorgung der Bevölkerung wollte Frida Hockauf angeblüh wehen. Jetzt gab die „Vereinigung Volkseigener Betriebe“ in Berlin intern bekannt, daß die größeren Webereien der Zofe in den ersten Dezembertagen umfangreiche Aufträge zur Herstellung von Uniformstoffen für die sowjetische Besatzungsmacht erhalten haben.

Die Lieferungen müssen vorzüglich fertiggestellt werden und gelten noch als Reparationen. Um die vorgeschriebenen Lieferzeiten einzuhalten, soll der Anteil dieser Sowjetaufträge für die nächsten Monate etwa 40 Prozent der Gesamtproduktion ausmachen. Hinzu kommen noch die Anforderungen für die „Volkspolizei“ mit rund 30 Prozent — so daß nur etwa 30 Prozent für die Versorgung des zivilen Sektors bleiben.

Letzte Reserve

Berlin (Eigenmeldung). Für die Schaffung des Betriebschutzes bei den volkseigenen Betrieben haben sich bisher nur

so wenig Anwärter gemeldet, daß nunmehr auch über 65 Jahre alte Personen eingestellt werden sollen. Ferner ist der Plan vorbereitet worden, bei geeigneten Objekten auch einen „weiblichen Betriebsschutz“ zuzulassen.

Neuer Kurs - neue Läden

Halle (Eigenmeldung). Die Zahl der Verkaufsstellen für Pferdefleisch hat im Jahre 1953 nach einem Bericht des Ministeriums für Handel und Versorgung um 40 neue Läden zugenommen.

Eisenbahnkatastrophe bei Waldenburg

Hof (DPA). Ein schweres Eisenbahnunglück, bei dem 50 Menschen getötet und über 100 verletzt worden sein sollen, erging sich, wie jetzt durch Berichte von Angehörigen der Opfer bekannt wird, Ende November bei Waldenburg in Schlesien. Die polnische Presse durfte über die Katastrophe nicht berichten.

130 Bauern enteignet

Berlin (Eigenmeldung). In den letzten Wochen mehren sich die Anzeichen dafür, daß trotz der

Polnische Siedler wandern ab

Berlin (Eigenmeldung). Im ersten Halbjahr 1953 sind, wie jetzt bekannt wird, aus dem unter polnischer Verwaltung stehenden Teil Ostpreußens etwa 25 Prozent aller dort zwangsweise angesiedelten Polen „unerlaubt“ wieder in ihre Heimatgebiete abgewandert.

Obwohl ein Verlassen der neuen Wohngebiete verboten ist und streng bestraft wird, steht die polnische Regierung dieser Entwicklung fast machtlos gegenüber. Auch eine Neubesiedlung stößt auf größte Schwierigkeiten.

Versprechungen Walter Ulbrichts eine neue Enteignungswelle gegen „freie“ Bauern in der Sowjetzone durchgeführt wird.

Wegen „Steuerschulden“ und „Ablieferungsrückständen“ wurden allein in den Landgemeinden der Bezirke Frankfurt, Brandenburg und Cottbus seit Mitte November insgesamt 130 private Landwirte enteignet. Gegen etwa 80 andere Landwirte läuft zur Zeit ein Strafverfahren.

„Pestflöhe“ auf dem Schnee . . .

Die SED blamierte sich — Ein Flüchtlingsbericht

Zu der Moskauer Propagandalüge über die „Pestflöhe der USA“ (vergl. Wochen-TAG vom 16. Dezember) berichtete uns jetzt ein Flüchtling aus der Sowjetzone von einer „Pestinsekten-Aktion“, die vor etwa einem Jahr von der SED in einem kleinen Ort an der thüringisch-bayerischen Grenze inszeniert wurde.

Überraschend früh fiel dort im November 1952 der erste Schnee. Und am gleichen Tage entdeckten Vopos auf einem Streifengang auf der Schneedecke eine größere Anzahl Insekten. Die letzte Schulungsstunde über „Pestflöhe in Korea“ fiel ihnen ein, und aufgeregt erstatteten sie Meldung. Sie bekamen „strengstes Schweigegebot“, um „eine Panik im Dorf zu verhindern“, wie die Vopo sagte. Hastig wurden die

übergeordneten Dienststellen über die „Pestinsekten“ informiert und das „verseuchte Gebiet“ abgesperrt.

Am nächsten Morgen erschienen der Landrat, der SED-Kreissekretär, der SSD-Chef, ein sowjetischer Offizier und ein Fotograf. Mit Handschuhen wurden die Insekten sorgfältig in Gläser gesammelt. Ein Kurier brachte die Behälter nach Jena, damit die Professoren dort feststellten, daß es sich um „Bakterieninsekten“ handle. Ehe das Ergebnis bekannt war, begannen man aber schon mit den Vorbereitungen für eine Propaganda-Welle über diese „neue Unmenschlichkeit der Amerikaner“.

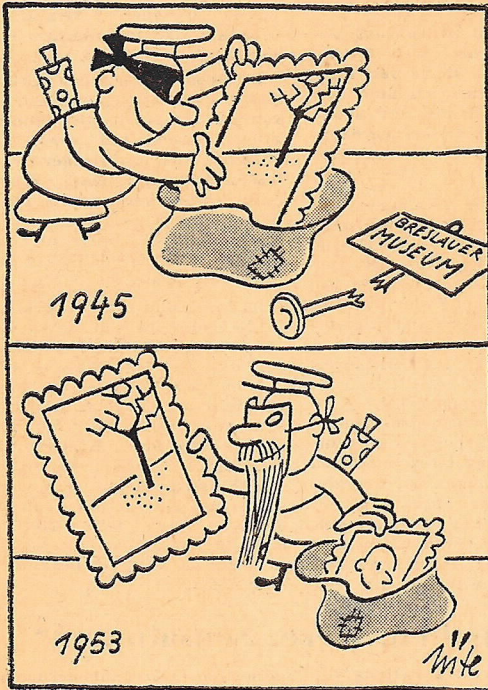
Das Untersuchungsergebnis war dann allerdings vernichtend und wurde dementsprechend geheimgehalten. Kein einziges

Ganz „selbstlos“

Schwerin (Eigenmeldung). Die SED-Kreisleitungen in Mecklenburg haben jetzt die Schaffung von Parteilosen-Aktivs in den Dörfern in den Vordergrund ihrer Arbeit auf dem Lande gestellt. Alle Bauern, die nicht in einer Partei sind, sollen hier zusammengeschlossen werden. Die SED stellt ihre Parteilokale „selbstlos“ für Versammlungen unentgeltlich zur Verfügung.

„Bakterien-Insekt“ wurde festgestellt, dafür erfuhr man aber eine ganz natürliche Erklärung für das Auftauchen der Insekten: Der früh hereinbrechende Winter hatte die Tiere überrascht, so daß sie teils aus ihren Verstecken hervorkamen und teils halb erfroren zu Boden gefallen waren. Auf dem frischen Schnee fielen sie besonders auf.

Polen „schenkt“!



Volksdemokratischer Weihnachtsmann

Nur flüstern . . .

Gelöste Probleme

Das ungarische Kabinett sah eines Tages ein, daß man sich mit der kommunistischen Politik restlos festfahren hatte. Deshalb entschloß man sich, einen als weisen Mann bekannten Einsiedler zu der nächsten Kabinettssitzung einzuladen und ihn um Rat zu bitten.

Kaum war der weise Mann erschienen, platzte der Ministerpräsident schon heraus: „Sage uns, wie wir wenigstens die schwierigsten Fragen — das Wohnungsproblem und das Lebensmittelproblem — lösen können!“

„Das Wohnungsproblem ist leicht gelöst“, antwortete der weise Mann, „indem man die Grenzen zum Westen öffnet.“

„Und das Lebensmittelproblem?“

„Dies ist ebenfalls gelöst, indem man die Grenzen zum Osten sperrt.“

Noch nicht

Ein sowjetischer Wissenschaftler wurde von einem fortschrittlichen Studenten gefragt: „Verehrter Meister, mir ist zwar klar, daß Russen das Fahrrad, das Radio, die Atombombe, das Penicillin, die Vererbungslehre, das Schießpulver und die Dampfmaschine erfunden haben. Nur von einer Erfindung habe ich bisher noch nichts gehört: dem Telefon: Haben die Russen denn das nicht auch erfunden?“

Lächelte der verdiente Wissenschaftler: „N o c h nicht, Genosse, noch nicht!“

Tränenrüber Kuba

Von dem Pankower Staatsdichter Kuba kennt man schon so viel gereimten Unsinn, daß man meint, Überraschungen könne es bei ihm wohl kaum noch geben. Aber nein — er übertrifft sich immer wieder selbst in fortschrittlicher Lyrik. Im „Neuen Deutschland“ faselte er dieser Tage eine erstaunliche Hymne an die Sowjetunion zusammen:

Vor unseren Blicken
ist alles Sonne; und der Ost
ist voll Musik.

Stimmt an das Lied
der sechzehn jungen Republiken!
Ein ferner Hauch
der großen Sowjetrepublik
streift unser tränentrübes Auge,
macht es sehen —
Die Tauben hören, und die Lah-
men gehn.

Die Kompaßnadel sucht
und weiß und zittert —
Der Morgen färbt sich,
wo die Nacht ertrank.

Stimmt an ein deutsches Lied,
in dem der Tag gewittert.
Nimm Westwind,
nimm dies Lied
und sag' den Sowjets Dank!

Ist das nichts? Kuba gibt wenigstens zu, daß er durch das Starren auf die Sowjetunion schon trübe Augen hat. Wenn es nur die Augen wären! Wer so etwas wie diese drei Verse zusammenbringt, hat schon einen trüben Geist. Vielleicht würde Kuba etwas klarer, wenn ihm das „Lied der sechzehn Sowjetrepubliken“ nicht dauernd in den Ohren dröhnte.

Nicht sehen

In Ostberlin geht ein Mann über die Straße, obwohl eine rote Absperrfahne das Weitergehen verbietet. Kommt auch schon ein Volkspolizist: „Was erlauben Sie sich! Können Sie denn die rote Fahne da nicht sehen?“

Sieht der Mann den Volkspolizisten sinnend an und meint schließlich sehr betont: „Sie haben ganz recht. Die rote Fahne kann ich tatsächlich nicht sehen!“

Kasernenhof-Ton

In Leipzig exerziert die Volkspolizei. Schreit der Vopo-Kommissar wütend einen Rekruten an: „Wenn du jetzt nicht Tritt faßt, gebe ich dir einen Tritt, daß du bis nach Frankfurt fliegst!“ Kurze Pause. Allgemeines Grinsen.

Ergänzt der Kommissar hastig: „Bis nach Frankfurt an der Oder meine ich natürlich!“

An Krankenbetten der Prominenz

Deutsche Ärzte im Ausland wieder hoch im Kurs

Krieg, Zusammenbruch und Nachkriegselend ließen zunächst einen Vorhang über das Schaffen der deutschen Ärzte fallen. Die Forschungsstätten waren zerschlagen, eine Reihe von Professoren gegen Außenseiter des ärztlichen Berufs brachten zumindest in der öffentlichen Meinung des Auslandes die deutschen Mediziner kollektiv in Mißkredit. Hinter diesem Vorhang des Mißtrauens aber ging die medizinische Arbeit in Deutschland weiter.

Die Kollegen im Ausland hielten die Verbindung mit den deutschen Medizinern aufrecht. Die deutsche Wissenschaft konnte die Fortschritte der Medizin in anderen Ländern kennenlernen und den Anschluß wieder finden.

Die Einstellung des Auslandes zu den deutschen Ärzten hat sich grundlegend geändert. Als 1946 König Paul von Griechenland den deutschen Professor Störmer zu sich rufen ließ, löste diese Reise einige recht unfreundliche Kommentare aus. Der König war an Typhus erkrankt und erinnerte sich des deutschen Arztes, in dessen Sanatorium „Weißer Hirsch“ in Dresden er des öfteren behandelt worden war. Professor Störmer, heute Chefarzt des Münchener Krankenhauses Oberröhring, flog mit einer britischen Militärmaschine nach Athen.

Heute erregt sich niemand darüber, daß zum Beispiel zwei deutsche Ärzte, Professor Matthes, Heidelberg, und Professor Watermann, Düsseldorf, vom Leiter des saudiarabischen Gesundheitswesens an den Hof König Ibn Sauds gerufen wurden, um den greisen Herrscher zu untersuchen und zu behandeln. Die deutschen Wissenschaftler wurden mit großer

Herzlichkeit aufgenommen. Sie trafen bei Ibn Saud zwei deutsche Kollegen, Professor Fischer und Dr. Stephens, die seit Jahren zu den Leibärzten des Königs gehören, und eine deutsche Ärztin, die ausschließlich den Harem und die zahlreiche Nachkommenschaft des arabischen Märchenfürsten betreut.

Auf den alljährlichen Kongressen der verschiedenen medizinischen Fachgebiete sind deutsche Ärzte wieder regelmäßig zu Gast. Der bekannte Krebsspezialist, Professor Bauer, Heidelberg, hielt bei solchen Gelegenheiten vielbeachtete Vorträge, der Münchener Chirurg, Professor Frey, sprach 1951 auf dem

internationalen Chirurgenkongreß in Paris, der Münchener Biochemiker, Professor Werrel, wurde zu einer Vortragsreise nach Amerika und Kanada eingeladen.

Professor Hasselmann, Erlangen, wurde als Lepraspezialist von der UN ein halbes Jahr zu Studien nach Indonesien geschickt. Nobelpreisträger Professor Gerhard Domagk, Elberfeld, bereiste verschiedene Staaten Südamerikas, wurde zum Ehrendoktor der Universität Lima und zum Ehrenmitglied der Universität San Diego ernannt.

Im Irak sind schätzungsweise 25 Deutsche im staatlichen Gesundheitsdienst tätig. Der Staatssekretär für das irakische Gesundheitswesen hat sie im vorigen Jahr persönlich in Deutschland ausgewählt. Im Iran, für dessen staatliche Krankenversorgung nach englischem Muster sich Kaiserin Soraya besonders eingesetzt hatte, sind etwa 30 deutsche Ärzte tätig. Holländisch-Indonesien beschäftigt rund 20 deutsche Ärzte in beamteten Stellungen.

„Menschen, Tiere, Sensationen“

Mit einer Festvorstellung für Rentner und Flüchtlinge wird am 23. Dezember in der Sporthalle am Funkturm der Circus Apollo nach zehn Jahren die Tradition der Zirkusschau „Menschen, Tiere, Sensationen“ wieder aufleben lassen.

Die erste öffentliche Vorstellung findet am 25. Dezember statt. Das Gastspiel läuft mit täglich zwei Vorstellungen bis zum 18. Januar mit 20 inter-

nationalen Spitzennummern, unter denen sich auch die „Drei Condoras“ mit ihrem mehrfachen Salto mortale befinden.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt:

Täglich ab 13 Uhr in stündlicher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder

aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Beethoven-Werke

Der britische Musikforscher Jack Warner hat im Britischen Museum in London zwei bisher noch nicht veröffentlichte Klavierwerke von Beethoven entdeckt. Das jüngere, eine „Bagatelle“, hat der Komponist 1815 für die polnische Pianistin Marie Szymanowska geschrieben. Das zweite Stück, „Introduktion und Walzer“, stammt aus dem Jahre 1815.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.